

Wahlprüfsteine von „die freilerner – Zeitschrift für selbstbestimmtes Leben und Lernen“

1. Bei einer Familie in Potsdam, deren Kinder sich von zu Hause aus ohne Schule bilden, stehen über 4500 € an Bußgeldern und Zwangsgeldern aus. Eine Erzwingungshaft wurde beantragt. Gleichzeitig wird in der Öffentlichkeit auch im Zusammenhang mit Fridays for Future über die Abwägung verschiedener Grundrechte mit der Schulpflicht diskutiert.

Wie steht Ihre Partei zu Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung der Schulpflicht? Welchen Umgang mit schulverweigernden jungen Menschen hält Ihre Partei für sinnvoll?

Die Ablehnung des staatlichen Schulsystems und der Einsatz für den weltweiten Umweltschutz, auch während der Schulzeit, sind zwei verschiedene Dinge, die nicht miteinander vermischt werden sollten. Wir sind für einen effektiven Umweltschutz, meinen aber auch, dass das System der Schulpflicht prinzipiell richtig ist. Im Einzelfall können immer auch Abweichungen angezeigt sein, zum Beispiel durch psychische Erkrankungen oder besondere Ausnahmesituationen.

Das Prinzip aber, dass alle bildungsfähigen Kinder eine Schule besuchen sollen, um sich Wissen und Fertigkeiten für ihr späteres Leben und ihren Berufsweg anzueignen, ist aus unserer Sicht richtig. Gute Bildung für alle ist eine große soziale Errungenschaft und ein zentrales Element des Sozialstaates. Wer heute keinen Schulabschluss vorweisen kann, der hat große Nachteile im persönlichen Leben, für den stehen die Chancen auf dem Arbeitsmarkt sehr schlecht, dessen sozialer Status wird immer wieder gefährdet.

Nicht immer sind Schulmüdigkeit oder Schulverweigerung auf mangelnde Fähigkeiten des Schülers zurückzuführen. Die Gründe können vielgestaltig sein. Sie sind unserer Kenntnis nach bundesweit nicht einmal statistisch erfasst. Wir LINKEN plädieren dafür, sozialen Gründe für schulverweigerndes Verhalten nachzugehen, um sie – wenn das möglich ist - zu beseitigen. Dies betrifft insbesondere familiäre Zwangslagen, denen abgeholfen werden muss. Krankheitsbedingte Ausfälle sollten kompensiert oder schnellstmöglich behoben werden. Da wir davon ausgehen, dass Eltern verantwortungsbewusst mit den ihnen anvertrauten Kindern umgehen, um sie vor Schaden zu bewahren, würden wir sie ermutigen, auch die Frage der Schulpflicht in diesem Sinne für sich zu beantworten und entsprechend erzieherisch auf ihre Kinder einzuwirken.

Da auch Entmutigung und Angst die Ursache für Schulverweigerung sein können, plädieren wir dafür, Lehrer entsprechend zu schulen und professionell zu unterstützen. Hierfür werden unter anderem die von uns vorgeschlagenen multiprofessionellen Teams in den Schulen zum Einsatz kommen, bei denen auch Psychologen mitwirken sollen. Buß- und Zwangsgelder aber lehnen wir ab.

2. In den meisten anderen europäischen Ländern sind Freilernen oder zumindest Homeschooling als Bildungsformen legal möglich. So kann z. B. in Österreich die Schulpflicht auch durch den „häuslichen Unterricht“ erfüllt werden. Während in England die Eltern verpflichtet sind, für eine Bildung des Kindes zu sorgen, die seinem Alter, seinen Fähigkeiten, Fertigkeiten sowie jeglichen möglicherweise vorhandenen besonderen Bildungsbedürfnissen angemessen ist, entweder durch den regelmäßigen Besuch einer Schule oder auf andere Art und Weise.

Wird in Ihrer Partei über Freilernen und Homeschooling diskutiert? Gibt es in Ihrer Partei oder im Umfeld Ihrer Partei Ansätze, um das Bildungssystem in Brandenburg für Freilernen und Homeschooling zu öffnen? Wo haben Sie noch Bedenken?

Traditionen im Bildungsbereich unterscheiden sich. Wir wollen anderen nicht vorschreiben, wie sie ihr Bildungssystem strukturieren und welche Standards sie setzen. In der Bundesrepublik gibt es eine sehr starke Tradition des schulischen Lernens. Hier werden regelmäßige Evaluationen durchgeführt, Verbesserungen initiiert und staatliche Mittel investiert. Im Bereich der Erziehungswissenschaften wird unter Homeschooling eine durchaus systematisch geplante Organisation von Unterricht und Erziehung für schulpflichtige Kinder und Jugendliche angesehen, bei der spezifisches Lehr- und Lernmaterial zum Einsatz kommt und das häusliche Umfeld den regulären Schulunterricht teilweise oder ganz ersetzt. Es bleibt durchaus fraglich, ob der häusliche Mitteleinsatz und die intellektuellen Kapazitäten mit denen der Schule mithalten können.

Hinzu kommt die Erziehung zur sozialen Kompetenz, die uns LINKEN sehr wichtig ist. Schulen sind doch so viel mehr als nur Orte, an denen Mathe, Bio oder Englisch gelehrt und gelernt werden soll. Hier werden soziale Kontakte geknüpft, Freundschaften geschlossen, Umgangsformen erlernt mit Menschen, die dem eigenen sozialen Umfeld und auch anderen Umfeldern angehören. Wir setzen uns dafür ein, diese sozial-integrative Funktion von Schule zu stärken. Das ist unser Ziel, die Wege können variieren, wenn sie sinnvoll sind. Doch würde sich diese sozial-integrative Funktion nicht verlieren, wenn man seine eigenen Kinder am Küchentisch unterrichtet und nur noch zum Klavierspielen mit Gleichaltrigen Kontakt haben lässt? Hinzu kommt, dass nicht jeder, der seine Kinder "schulbesuchsfrei" lernen lässt, Homeschooling praktiziert. Es gibt auch die Bewegung der sogenannten Freilerner, die die Auffassung vertreten, eher die subjektiven Bedürfnisse und den natürlichen Lerndrang des Kindes zu befördern. In der Praxis sind auch Mischformen möglich.

Wie diese Formen im Einzelnen auch aussehen, wir LINKEN bleiben im Interesse der Kinder solange Vertreter des staatlichen Schulwesens, bis wir nicht von anderen, besseren Schulformen überzeugt wurden. Gesundheitsbedingte oder besondere individuelle Regelungen auf Grund von Arbeits- und Lebenssituationen sollen davon unberührt bleiben.

3. Bei demokratischen Schulen sowie bei freien aktiven Schulen sind selbstbestimmtes Lernen, informelles Lernen und die Mitbestimmung der jungen Menschen ganz zentral.

Haben Sie sich als Partei mit den Erfahrungen solcher Schulen befasst? Wie stehen Sie dazu? Halten Sie die Erfahrungen dieser Schulen auch auf Schulen in staatlicher Trägerschaft übertragbar?

Freie Schulen sind Bestandteil der vielgestaltigen Bildungslandschaft in Brandenburg, zu der wir uns als LINKE ausdrücklich bekennen. Sie können über besondere pädagogische, weltanschauliche oder religiöse Profile verfügen. Bei den Schulen in freier Trägerschaft unterscheidet man zwischen Ersatzschulen, die staatliche Schulen einer bestimmten Schulform ersetzen, und sogenannten Ergänzungsschulen. Im Schuljahr 2018/2019 gab es in freier Trägerschaft insgesamt 32 berufliche Schulen, 9 Förderschulen und 135 allgemeinbildende Schulen, darunter 61 Grundschulen, 32 Oberschulen (inklusive Oberschulen mit Grundschulteil), 17 Gesamtschulen (inklusive Waldorfschulen) und 25 Gymnasien. Einige dieser Schulen warten mit innovativen Konzepten auf, die durchaus verallgemeinert werden können und sollten. Dazu zählen eine Umgebung, die ein selbstbestimmtes Leben und Lernen ermöglicht, die starke Partizipation der Kinder, eine

demokratisch ausgerichtete Schulstruktur sowie die besondere Wertschätzung der ästhetischen Bildung und der Natur.

4. Wie zufrieden sind Sie mit dem Stand der Selbstbestimmungsrechte sowie der Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen in den Schulen in Brandenburg? Streben Sie hier Veränderungen an und wenn ja, welche?

Die Stärkung der Selbstbestimmungsrechte und Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen sind uns ein besonderes Anliegen. Konsequenterweise sollten diese Ziele auch an den Schulen stärker umgesetzt werden. Demokraten werden auch in Zukunft nicht vom Himmel fallen. Umso mehr kommt es darauf an, demokratische Praktiken frühzeitig zu erlernen und zu verinnerlichen. Kinder und Jugendliche möchten gefragt werden, in allen Belangen. Die praktischen Möglichkeiten hierfür sind durchaus verschieden.

Bisher leistet die Schule noch zu wenig, um die Entwicklung zur selbstbewussten demokratischen Persönlichkeit zu fördern. Die Fähigkeit und Bereitschaft zum demokratischen Handeln entsteht nicht durch bloßes Bücherwissen, wie es der Politikunterricht üblicherweise und zu Recht vermittelt. Denn es ist wichtig zu wissen, wie demokratische Institutionen funktionieren. Doch die Schülerinnen und Schüler müssen in der Schule auch demokratische Erfahrungen sammeln können, um sich die Haltungen und Praktiken eines aktiven Demokraten anzueignen. Es geht hier um eine Kombination von Haltung, Bewusstsein, Wissen und praktischen Fähigkeiten: Wie gestalte ich eine spannende Debatte mit kontroversen Meinungen? Wie lege ich ein Web-Blog an, der zum Mitdiskutieren einlädt? Wie organisiere ich eine gut besuchte Kundgebung? Wie gehe ich mit Fake und Hass in Online-Dialogen um? Woran erkenne ich Überwältigungsstrategien, egal ob es sich um islamistische Hassprediger oder rechtsextreme Propagandisten handelt? Eine Schule, die auf die politische Zukunft vorbereitet, muss sich dieser Dimension stellen. Lebensnahe politische Bildung muss derartige Fragen beantworten und vor allem Gelegenheit zum praktischen Lernen eröffnen.

5. Zusatzfrage: Haben Sie Hinweise und Empfehlungen für Familien und Initiativen, die mit Ihrer Partei zu selbstbestimmter Bildung ins Gespräch kommen wollen?

Gern laden wir Sie zu unseren bildungspolitischen Debatten ein, auf denen wir unsere Standpunkte austauschen können. Im Gegenzug bleiben wir interessiert, welche Innovationen und Impulse von Ihrer Seite ausgehen. „Schule“ ist für uns ein lebendiger, dynamischer Prozess, der den sich ändernden sozialen Bedingungen und Herausforderungen anzupassen ist. Hierfür wollen wir mit Ihnen im Gespräch bleiben.